

Übersetzung aus dem Russischen

Rede des Generalsekretärs der Rumänischen Kommunistischen Partei und Präsidenten der Sozialistischen Republik Rumänien, Gen. Nicolae Ceausescu, auf der Tagung des PBA der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages
Bukarest, 7. - 8. Juli 1989

Verehrte Genossen!

Die Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der sozialistischen Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages findet unter schwierigen Bedingungen statt, die sowohl auf die internationale Lage als auch auf die Entwicklung des sozialistischen Aufbaus zurückzuführen sind. Die Erörterung der auf der Tagesordnung stehenden Fragen und der Meinungs-austausch zu internationalen Problemen wie auch zum Aufbau des Sozialismus müssen daher von hohem Verantwortungsbewußtsein für die Sache des Friedens und der internationalen Zusammenarbeit, für die Sache der Entwicklung des Sozialismus und der Verstärkung der Rolle dieser Länder bei der Lösung von internationalen Fragen getragen sein.

Die Völker unserer Länder, die fortschrittlichen Kräfte und die Völker der anderen Staaten verfolgen mit besonderem Interesse die Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der sozialistischen Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages und erwarten, daß die hier angenommenen Beschlüsse ihrem Streben nach wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung, nach Abrüstung, Frieden und internationaler Zusammenarbeit gerecht werden und eine klare Perspektive für die Verstärkung des Kampfes um Abrüstung und Entspannung und um die Verteidigung des obersten Rechts der Völker, der Menschen auf Frieden und Leben sowie auf eine freie, unabhängige und würdige Existenz bieten.

Ich möchte betonen, daß die Arbeit dieser Tagung sowie die Beschlüsse und Dokumente, die angenommen werden, einen Beitrag leisten müssen zur Festigung der Zusammenarbeit und Solidarität unserer Staaten, wenn es darum

geht, die sozialistische Entwicklung zu gewährleisten und aktiver gegen die Politik der Stärke und des Diktats sowie für Abrüstung und Frieden wirksam zu werden.

Damit unser Bündnis seine wichtige Rolle, was internationale Probleme angeht, und bei der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung unserer Länder erfüllt, ist es objektiv erforderlich, die Zusammenarbeit in Wirtschaft, Wissenschaft und Technik und Kultur zu verstärken, um mehrere Schwierigkeiten zu überwinden und eine unabhängige Entwicklung unserer Länder zu gewährleisten.

Ich möchte die Genugtuung der rumänischen Delegation über die Tatsache zum Ausdruck bringen, daß in den Ausführungen der Genossen, die bisher das Wort ergriffen haben, die Notwendigkeit, Kooperation und Zusammenarbeit voranzubringen, auf die eine oder andere Weise angesprochen wurde. Das bietet gute Aussichten für die künftige Tätigkeit.

Verehrte Genossen!

Im internationalen Geschehen haben sich tiefgreifende politische, soziale, wirtschaftliche und militärische Wandlungen vollzogen, die im internationalen Kräfteverhältnis zu beträchtlichen Veränderungen geführt haben.

Die Entwicklung der Ereignisse, die Realitäten führen vor Augen, daß in globaler Einsicht ein relatives Kräftegleichgewicht erreicht wurde und von Bestand ist. Dadurch konnten verschiedene schwierige Augenblicke gemeistert und der Weltfrieden fast 45 Jahre aufrechterhalten werden.

Ich halte es für angebracht zu betonen, daß in all dieser Zeit die Politik der sozialistischen Länder bei der Lösung von vielen schwerwiegenden Problemen auf dem Verhandlungswege und bei der Sicherung des Friedens eine wichtige Rolle gespielt hat, und ganz besonders würde ich dabei die Rolle der Sowjetunion hervorheben.

Die unbeirrbar Politik der sozialistischen Länder und der Kampf der Volksmassen, der Völker der ganzen Welt haben - das kann man sagen - die Politik des "kalten Krieges" scheitern lassen und den Übergang zur Entspan-

107

nungspolitik, zur Lösung von schwerwiegenden und komplizierten Problemen des internationalen Geschehens auf dem Verhandlungswege bewirkt. Doch gilt es ganz realistisch zu sein und einzusehen, daß der "kalte Krieg" noch nicht zu Ende ist, daß er noch immer in verschiedenen Formen zum Ausdruck kommt, die jedoch in gewissem Sinne sogar sehr gefährlich sein können.

Eine wichtige Rolle in der weltweiten Entwicklung spielen der Vertrag zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten von Amerika über die Beseitigung der Nuklearraketen mittlerer Reichweite, der Beginn der Wiener Abrüstungsverhandlungen und der Übergang zur Beilegung mehrerer Konflikte in verschiedenen Zonen der Welt auf dem Verhandlungswege.

All dessen ungeachtet sind wir der Auffassung, daß sich der Kurs des internationalen Geschehens noch nicht von Grund auf verändert hat, daß die Lage in der Welt nach wie vor besonders kompliziert, widersprüchlich und ernst ist.

Unter diesen Bedingungen hält Rumänien es für erforderlich, daß die sozialistischen Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages all ihre Kräfte aufbieten und im Sinne ihrer ungemein großen Verantwortung auf eine weitere Entwicklung der Tendenzen zu Entspannung, Abrüstung und Frieden hinwirken, was ein objektives Gebot einer neuen, realistischen internationalen Politik ist.

Man darf auch nicht für einen Augenblick vergessen, daß die Existenz der Kernwaffen, der anderen Massenvernichtungsmittel, der chemischen und der konventionellen Waffen eine ernste Gefahr für den Frieden, für das Leben aller Völker, für das unmittelbare Leben auf unserer Erde heraufbeschwört.

Es ist wohlbekannt, daß die NATO-Länder noch nicht die nötige Einsicht gewonnen haben, daß es von der alten Politik der Stärke, des Krieges und der nuklearen Abschreckung Abstand zu nehmen gilt. Vielmehr haben sie diese auf ihrer jüngsten NATO-Jubiläumstagung erneut

verkündet. Sie sprechen sich für den Übergang zur Modernisierung der nuklearen Kurzstreckenraketen und der taktischen Kernwaffen aus, was deren Zerstörungskraft und die Gefahr für das unmittelbare Leben der Völker Europas und der ganzen Welt wesentlich zunehmen lassen wird.

Ihren eigenen Erklärungen zufolge würde das die Zerstörungskraft dieser Waffen ungefähr vervierfachen, was praktisch die Ergebnisse des Abbaus der Mittelstreckenraketen zunichte machen und darüber hinaus ein zusätzliches Vernichtungspotential schaffen würde. Die Kernwaffentests dauern bekanntlich an. Nach wie vor wird weiter auf eine Militarisierung des Weltraums hingewirkt, indem die Vereinigten Staaten ihr Programm für diesen Bereich verwirklichen, was keineswegs ohne entsprechende Gegenmaßnahmen hingenommen werden kann.

Deshalb ist die Grundfrage der internationalen Beziehungen unter allen Umständen in erster Linie die Frage nach dem Verzicht auf die Modernisierung von Kernwaffen, die Frage nach dem baldmöglichsten Zustandekommen eines Abkommens zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten von Amerika über eine Halbierung der strategischen Nuklearraketen und eines allgemeinen Abkommens über die vollständige Beseitigung aller Kernwaffen bis zum Jahre 2000, dem sich alle Nuklearmächte und auch die anderen Staaten der Welt, die an Abrüstung, Frieden und dem Leben auf unserer Erde interessiert sind, anschließen müßten.

Alle Staaten müssen vollständig auf Kernwaffentests verzichten; es gilt, Abstand zu nehmen von den Aktivitäten zur Militarisierung des Weltraums und auf die Unterzeichnung eines entsprechenden Abkommens über die Beseitigung der chemischen Waffen in engem Zusammenhang mit der Beseitigung aller Kernwaffen hinzuwirken.

Ich möchte ein weiteres Mal betonen, daß die mit der nuklearen Abrüstung, mit Abrüstung schlechthin verbundenen Fragen nicht nur die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten von Amerika und nicht nur die Länder, die Kernwaffen besitzen, angehen, sondern alle Staaten der Welt, denn die Folgen eines Kernwaffeneinsatzes würde die ganze

189

Menschheit verspüren.

Alle Staaten aller Kontinente haben ein Interesse an der vollständigen Beseitigung der Kernwaffen und müssen aktiv daran mitwirken.

Ich betone das, weil unsere Länder viele, viele Staaten auf allen Kontinenten, Milliarden Menschen als zuverlässige Verbündete haben können und müssen. Wir müssen gemeinsam mit diesen Kräften auf Abrüstung und Frieden hinwirken.

Es kommt darauf an, alles zu tun, damit alle Völker genau verstehen, daß der sogenannte "Sternenkrieg" lediglich ein Weg ist, das nukleare Wettrüsten zu verstärken, es in den Weltraum zu tragen und das Streben der Vereinigten Staaten nach Weltherrschaft wahrzumachen.

Die Realitäten beweisen seit jeher, daß es weder auf der Erde noch im Weltraum vor Kernwaffen Schutz geben kann. Der einzige Weg, sich vor den Kernwaffen zu schützen, ist deren Beseitigung und Vernichtung für alle Zeiten!

In Anbetracht der Tatsache, daß der Weltraum der ganzen Menschheit gehört und daß sein Mißbrauch zu militärischen und selbst zu anderen Zwecken für das Leben aller Völker ernste Gefahren heraufbeschwört, halten wir es für notwendig, mit noch größerem Nachdruck auf eine allgemeine Regelung der Frage, wie der Weltraum genutzt werden soll, hinzuwirken.

Wir treten auch für eine konventionelle Abrüstung ein, beteiligen uns aktiv an den Wiener Verhandlungen und sind fest entschlossen, alles zu tun, damit noch in diesem Jahr entsprechende Übereinkünfte erzielt werden.

Hier ist in der Tat betont worden, daß die vor einigen Jahren in dieser Richtung ergriffene Initiative der sozialistischen Länder des Warschauer Vertrages von großer Bedeutung war. Doch ist es notwendig, daß wir in dieser Richtung noch größere Bemühungen unternehmen.

Wir plädieren dafür, daß diese Waffen, die Truppenstärke und die Militärausgaben unter entsprechender internatio-

190

naler Kontrolle mindestens halbiert werden.

Genosse Gorbatschow hat hier von der Frage der militärischen Stärke gesprochen, die auf beiden Seiten gleich sein muß - ich meine die USA und die UdSSR. Im Rahmen unserer Staaten existiert in dieser Richtung bereits eine gewisse Einsicht. Das Problem der Truppenstärke und der Zahl der Waffen muß zweifellos auch künftig eine sehr ernstzunehmende Aufgabe sein. Das hängt sowohl mit dem Rüstungsabbau als auch mit der Gewährleistung der Unabhängigkeit unserer Länder unter allen Umständen zusammen. Darüber müssen wir uns im vollen Bewußtsein unserer Verantwortung gegenüber unseren Ländern, gegenüber dem Weltfrieden und gegenüber dem Sozialismus Gedanken machen.

Ich meine, daß wir im Sinne der von den sozialistischen Ländern unterbreiteten Vorschläge in dieser Richtung gute Ergebnisse erzielen können und müssen.

Zugleich sind wir der Auffassung, daß alle Staaten auf den Übergang zur Verwirklichung des Abrüstungsprogramms in aller Welt hinwirken und die Genfer Abrüstungskonferenz wie auch andere Treffen dafür nutzen müssen, die chemischen Waffen zu beseitigen und die konventionellen Rüstungen auf das für Verteidigungszwecke strikt notwendige Maß zu reduzieren.

Wir sprechen uns mit Nachdruck dafür aus, die konventionellen Waffen mindestens zu halbieren und ein Gleichgewicht zu erwirken, das die Möglichkeit einer militärischen Aggression ausschließen würde.

Gleichzeitig gilt es, die Militärausgaben zu drosseln - in der ersten Etappe um mindestens 50 Prozent - und die damit freiwerdenden finanziellen Mittel zur Lösung verschiedener wirtschaftlicher und sozialer Probleme eines jeden Landes sowie zur Unterstützung der Entwicklungsländer zu nutzen.

Rumänien vertritt die Auffassung, daß alles getan werden muß, um in Europa Abrüstung und Sicherheit zu erreichen

sowie neue Beziehungen herzustellen, die auf voller Gleichheit beruhen, wirtschaftliche und soziale Fortschritte für jedes Volk gewährleisten und zur Festigung der Zusammenarbeit und Einheit der Staaten des europäischen Kontinents beitragen würden.

In diesem Kontext möchte ich erwähnen, daß die sozialistischen Länder 1966 zur gleichen Jahreszeit hier in diesem Hause als erste um der Abrüstung und des Friedens willen Vorschläge für eine Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa entwickelten. Deshalb müssen die sozialistischen Länder auch weiterhin im Sinne der in Helsinki unterzeichneten Dokumente wirksam werden und dürfen nicht zulassen, daß man im Namen der sogenannten Menschenrechte diese Dokumente entstellt und von ihnen abgeht.

Wir haben keinen Anlaß zu Selbstbeichtigungen, was die Lösung der Aufgabe, das Lebensniveau zu erhöhen, sowie die Freiheiten, das Recht auf Arbeit und Leben und die Kultur in unseren sozialistischen Ländern angeht. Unsere Erfolge in dieser Hinsicht sind ein klarer Beweis dieser Realitäten. Ich kann nicht verhehlen, daß die sozialistischen Länder nach dem Wiener Treffen vor einem Jahr eben in dieser sehr wichtigen Frage nicht am gleichen Strang gezogen haben und daß unseres Erachtens einige Forderungen der kapitalistischen Länder akzeptiert wurden, die der Einmischung in die inneren Angelegenheiten und der Unterhöhlung des Sozialismus Tür und Tor öffnen und nichts mit den wirklichen Menschenrechten gemeinsam haben. Wir haben diese Frage damals zur Sprache gebracht und wollten bestimmte Verpflichtungen in Wien nicht eingehen. Nach langen Erörterungen in unserer Partei- und Staatsführung waren wir zu dem Schluß gelangt, daß wir den Interessen der Völker und des Sozialismus zuwiderhandeln würden, wenn wir bestimmten Punkten der Wiener Dokumente zustimmten, die übrigens an mittelalterliche Zeiten erinnern und die Menschheit in sie zurückversetzen wollen, aber nichts gemeinsam haben mit der Epoche, in der wir leben, und mit den Aussichten für

eine Welt der Zusammenarbeit, die auf den Prinzipien der vollen Gleichheit und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten beruht.

Wir haben uns stets für eine umfassende Entwicklung der Zusammenarbeit mit allen Staaten Europas ausgesprochen. Wir gehören zu denen, die eine ganze Reihe von Initiativen in dieser Richtung unterbreitet haben. Viele hier anwesende Genossen wissen das. Doch meinen wir, daß man das Problem der Einheit Europas realistisch als eine objektive Notwendigkeit sehen sollte, für die es einer neuen Konzeption bedarf. Natürlich befriedigt die Konzeption vom "gemeinsamen Haus" uns nicht, denn wir wollen nicht einmal in unserem eigenen Lande in einem einzigen gemeinsamen Haus leben. Wir wollen ein Land sein, in dem jeder Bürger sein Haus hat. Darüber hinaus ist der Begriff des "gemeinsamen Hauses" auch dahingehend unklar, was in Europa geschehen wird, wer dieses Haus verwalten wird und nach welchen Prinzipien wir dieses Haus aufbauen werden. Wir wollen ein geeintes Europa, aber ein - wenn Sie so wollen - Europa von unabhängigen Häusern, in dem ein jeder sein Leben selbst einrichtet und sich so entwickelt, wie er es für am besten hält, allerdings unter effektiver Zusammenarbeit auf allen Gebieten mit allen anderen Staaten und Völkern.

Deshalb haben wir unsere These aufgestellt, die in gewisser Weise de Gaulles These von einem geeinten Europa freier und unabhängiger Nationen wiederaufgreift.

Wie immer wir das auch nennen, ob "gemeinsames Haus" oder unabhängige Staaten, wir müssen begreifen, daß es kein anderes Europa geben kann als ein Europa von freien Nationen, unabhängigen Völkern, in dem sich jedes Volk sein Leben nach seinem eigenen Dafürhalten einrichtet. Wir wollen nicht, daß, bemäntelt mit solchen Thesen, irgend- ein europäischer Hausverwalter auftaucht, wer immer das auch sein mag. Ich möchte Ihnen offen sagen, was unsere Partei und unser Volk dazu meinen: Wir sind für weitreichende Zusammenarbeit und für Einheit, aber in einem Europa freier Nationen, für die Achtung der Unabhängig-

keit der sozialen Ordnung eines jeden Landes. Nur ein solches Europa freier Nationen kann den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt aller Völker gewährleisten und die Möglichkeit schaffen, daß Europa bei der Lösung der großen Probleme des heutigen Lebens eine wichtigere Rolle spielt.

Mit großer Aufmerksamkeit haben wir zur Kenntnis genommen, was Genosse Honecker zu den in der BRD zutage tretenden Tendenzen und zu den neuen Hegemonieträumen gesagt hat. Eines ist klar: Wenn wir nicht von Anfang an dahingehend, was wir in Europa tun wollen, Ordnung schaffen, finden sich Anwärter auf die Hegemonie in Europa. Anwärter auf die Hegemonie über die ganze Welt haben sich ja schon gefunden. Wir sind für eine Abkehr von der Teilung Europas in Militärblöcke, und zwar nicht erst seit heute. Sie wissen, daß Rumänien schon vor langer Zeit vorgeschlagen hat, in dieser Richtung wirksam zu werden, und in unseren gemeinsamen Dokumenten gibt es entsprechende Formulierungen. Es wäre sehr gut, wenn wir die gleichzeitige Auflösung der NATO und des Warschauer Vertrages erreichen könnten. Doch sind wir nicht für eine einseitige Auflösung des Warschauer Vertrages. Das wäre ein großer Fehler und den Interessen unserer Länder nicht zuträglich. Ich möchte betonen, daß die sozialistischen Länder nach unserem Dafürhalten auch nach einer Auflösung des Warschauer Paktes weiter zusammenarbeiten und am gleichen Strang ziehen müssen, unter anderem auch unter dem militärischen Aspekt. Das ist notwendig.

Solange in der Welt die Bedingungen für einen Weltkrieg bestehen, müssen wir diese Zusammenarbeit und Einheit aufrechterhalten. Wir sind auch für eine Abkehr von der Teilung Europas in geschlossene Wirtschaftsorganisationen, für eine aktive Zusammenarbeit zwischen dem Gemeinsamen Markt und dem RGW, die die bisher bestehenden Barrieren völlig beseitigen muß. Doch wollen wir, daß diese Zusammenarbeit so erfolgt, daß dem Interesse an einer unabhängigen Entwicklung einer jeden nationalen Wirtschaft Rechnung getragen wird.

Wir haben keinen Grund, über den Gemeinsamen Markt und die Aussicht auf einen gemeinsamen europäischen Markt im Jahre 1992 begeistert zu sein. Wenn wir die Länder des Gemeinsamen Marktes einmal etwas genauer betrachten, dann sehen wir, in welcher Lage Griechenland und Spanien und in welcher Lage andere Länder sich befinden. Vom wirtschaftlichen Standpunkt geben diese Länder jetzt den Befürchtungen der Politiker von einst recht. Sie sind faktisch zu Objekten der Herrschaft der im Gemeinsamen Markt dominierenden Länder geworden.

Wir müssen alle Probleme gründlich analysieren und dürfen nicht nur nach formalen Erklärungen und Aspekten urteilen, sondern müssen das anhand der realen Tatsachen tun. Das ist am überzeugendsten. In diesem Sinne müssen wir auch die Frage betrachten, wie die Tätigkeit im Rahmen des RGW verbessert werden kann.

Wir wissen die Tätigkeit des RGW, der in der Entwicklung unserer Länder eine wichtige Rolle gespielt hat, sehr zu schätzen. Wir meinen, daß der RGW auch in seiner gegenwärtigen Form und mit seinen heutigen Prinzipien einen sehr wichtigen Faktor der wirtschaftlichen Entwicklung darstellt. Natürlich müssen wir einige Verbesserungen vornehmen und vor allem die Prinzipien anwenden, die vor fast vierzig Jahren bei seiner Gründung festgeschrieben wurden. Dort heißt es, daß er auf die Entwicklung aller Länder, auf die Angleichung des wirtschaftlichen Entwicklungsstandes der Mitgliedsländer hinwirken müsse. Was wir verbessern müssen, sind nicht das Statut des RGW, nicht seine Grundprinzipien, sondern die Methoden unseres Vorgehens. Wir müssen Formen finden, die sowohl der Existenz der sozialistischen Länder, der sozialistischen Ordnung und der gemeinsamen Entwicklung als auch der unabhängigen Entwicklung unserer Länder Rechnung tragen. In diesem Sinne sind wir für ein geeintes Europa mit einer Vielfalt von Gesellschaftsformen unter Fortbestand von freien, unabhängigen Staaten, für ein in der wirtschaftlichen, sozialen, wissenschaftlichen und kulturellen Entwicklung einheitliches Europa, ein Europa

des Friedens, der Zusammenarbeit und der Gleichheit der Nationen.

Man darf nicht übersehen, daß in vielen Ländern des Kontinents und auch in den Vereinigten Staaten von Amerika unter dem Deckmantel der demokratischen Freiheiten rechte, neofaschistische Organisationen an Stärke gewinnen und immer aktiver nationalchauvinistische und antisemitische Propaganda getrieben sowie eine Revision der Grenzen propagiert wird.

Man sollte nicht die geschichtlichen Lehren aus der Zeit vor dem zweiten Weltkrieg vergessen, als Zugeständnisse an faschistische Organisationen und sogar deren Ermutigung, unter anderem des Hitlerfaschismus, den Einzug des Faschismus in vielen Ländern Europas und den zweiten Weltkrieg nach sich zogen. Vielleicht erinnern wir uns einmal, daß damals gesagt wurde, man solle den Hitlerfaschismus links liegen lassen, denn er stelle keinerlei Gefahr dar und es bestehe keine Notwendigkeit, ihm mit vereinten Kräften entgegenzutreten. Gerade die fehlende Einheit der Arbeiterklasse, aller fortschrittlichen Kräfte führte zum Sieg des Hitlerfaschismus mit den bekannten Folgen. Ich betone das alles, denn wenn man die aktuellen internationalen Entwicklungen analysiert, darf man nicht nur die positiven Seiten sehen, die vorhanden sind und die ich auch hervorgehoben habe. Wir müssen aber auch die vielen ernststen negativen Aspekte sehen, denen gegenüber wir nicht die Hände in den Schoß legen dürfen, weil angeblich keine Notwendigkeit besteht, ihnen Beachtung zu schenken. All das macht es dringend notwendig, den rechten neofaschistischen Organisationen, allen reaktionären Erscheinungen eine entschiedene Abfuhr zu erteilen, und zwar unabhängig davon, wo sie zutage treten, wo sie zu verzeichnen sind. Man kann nicht von Organisationsfreiheit oder von demokratischen Freiheiten sprechen, wenn damit grünes Licht für die Tätigkeit von faschistischen Organisationen gegeben wird.

In Erinnerung rufen muß man auch die Lehren aus der Geschichte des zweiten Weltkrieges, dessen Beginn sich in diesem Herbst zum 50. Male jährt.

Es ist wohlbekannt, daß die Politik der Zugeständnisse und der Kapitulation vor Nazi-Deutschland, das Münchener Abkommen und unter anderem auch der Vertrag zwischen Molotow und Ribbentrop die Aggression nicht zum Stillstand brachten, sondern ihr Vorschub leisteten. Diese Lehren verpflichten uns, den Kampf gegen den Krieg, für allgemeine Abrüstung und vor allem für eine Beseitigung der Kernwaffen zu verstärken.

Die Sozialistische Republik Rumänien ist fest entschlossen, alles zu tun für die Entwicklung einer weitreichenden Zusammenarbeit zwischen den Balkanländern und für die Schaffung einer kernwaffen- und chemiewaffenfreien Zone in dieser Region ohne ausländische Militärstützpunkte, die Bestandteil der Zusammenarbeit und Sicherheit in Europa und in der ganzen Welt wäre.

Was die vom Genossen Todor Shiwkow angesprochenen Probleme angeht, so halte ich es für notwendig, zumindest im Rahmen der sozialistischen Balkanländer, vielleicht aber auch unter Mitwirkung anderer sozialistischer Länder zu erörtern, wie wir vorgehen sollten, um die bestehenden Probleme zu beseitigen und im weiteren den Kurs auf Zusammenarbeit auf dem Balkan abzusichern.

Wir unterstützen die Einrichtung solcher kernwaffenfreien Zonen in Nord- und in Mitteleuropa und auch in anderen Regionen der Welt.

Rumänien spricht sich nach wie vor in aller Entschiedenheit dafür aus, daß die Bereinigung von Konflikten in verschiedenen Zonen der Erde und die Beilegung von Problemen nur, aber auch nur auf dem Verhandlungswege erfolgen dürfen.

Freilich sind die ersten Schritte zur Beilegung verschiedener Probleme bereits erfolgt. Ich möchte lediglich auf Afghanistan eingehen. Im Grunde werde ich noch einmal das wiederholen, was ich schon im vergangenen Jahr gesagt habe: Afghanistans Probleme wurden nicht gelöst, die amerikanische Intervention und die anderer reaktionärer Kräfte in Afghanistan dauert an. Dieses Land muß unterstützt werden. Rumänien wird Afghanistan in jeder Weise bei der Verteidigung seiner Unabhängigkeit, seiner revolutionären Errungenschaften zur Seite stehen. Wir sind für eine nationale Aussöhnung, aber nicht für den Machtantritt einer Regierung, die die demokratischen Errungenschaften beseitigen würde. Wir unterstützen die Regierung der Demokratischen Republik Afghanistan, möchten aber unterstreichen, daß all diese Aktivitäten und die Lösung von Problemen in verschiedenen Zonen der Welt nicht zur Beseitigung oder Schwächung der demokratischen, fortschrittlichen Kräfte, der fortschrittlichen Regime dieser Länder führen dürfen, sondern vielmehr zu deren Konsolidierung, dem Erstarren ihrer Unabhängigkeit und Souveränität, zur Einstellung aller Schritte zur Unterstützung von konterrevolutionären, staatsfeindlichen Kräften und jeder Einmischung in die inneren Angelegenheiten dieser Länder führen müssen.

Ich möchte offen meine Meinung sagen. Die Tatsache, daß die Vereinigten Staaten von Amerika und andere imperialistische Länder sich heute um die Ausräumung von Konflikten besorgt zeigen, resultiert nicht aus humanitären Erwägungen, nicht aus dem Wunsch, daß diese Länder sich unabhängig entwickeln mögen. Das ist eine neue Form, mit der sie ihre Ziele erreichen wollen: die demokratischen Errungenschaften dieser Länder, Unabhängigkeit und Freiheit zu untergraben.

Rumänien hat sich stets für eine politische Lösung der Probleme im Mittleren Osten und für das Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung und auf einen unabhängigen palästinensischen Staat ausgesprochen.

Wir sind der Auffassung, daß in der gegenwärtigen Situation alles getan werden muß, um eine internationale Konferenz zu den Problemen des Mittleren Ostens unter Teilnahme aller interessierten Seiten, unter anderem auch der PLO und Israels, zu veranstalten.

Kurz vor unserer Tagung hatte ich ein Gespräch mit Yasser Arafat, dem Oberhaupt des palästinensischen Staates, bei dem er mich bat, allen Ländern, die an dieser Tagung teilnehmen, seinen Appell um aktive Unterstützung und seinen Wunsch mitzuteilen, in irgendeiner Form in unsere Erklärung aufzunehmen, daß wir eine internationale Konferenz zum Kampf des palästinensischen Volkes befürworten.

Im Rahmen der Vorbereitung einer internationalen Konferenz und ihrer Arbeit müssen die Interessen aller Seiten und alle Vorschläge, die zu einem dauerhaften und gerechten Frieden beitragen könnten, in Betracht gezogen werden.

In diesem Rahmen können nach unserem Dafürhalten auch die Vorschläge Israels, in den besetzten Gebieten Wahlen abzuhalten, berücksichtigt werden. Dabei müßte jedoch von der Notwendigkeit ausgegangen werden, die israelischen Truppen von den besetzten Gebieten abzuziehen und auf die eine oder andere Weise internationale Garantien oder Garantien von seiten der Organisation der Vereinten Nationen zur Durchführung dieser Wahlen zu bieten. Sie sollten jedoch unter allen Umständen nur als ein Teil des Friedensprozesses, der Verhandlungen im Rahmen einer internationalen Konferenz angesehen werden, deren Aufgabe es ist, eine Regelung der Palästinafrage, die Anerkennung eines unabhängigen palästinensischen Staates und die Sicherung der Integrität aller Staaten, einschließlich Israels, zu erwirken.

Verehrte Genossen!

Die Sozialistische Republik Rumänien ist der Auffassung, daß die Weltwirtschaftslage besonders ernst ist. Die weitere Verschlechterung der Situation der Entwicklungsländer und der unerträgliche Anstieg der Auslandsschulden dieser Länder als direktes Ergebnis der Politik der internationalen Monopolkreise und des internationalen Finanzkapitals machen es dringend erforderlich, daß diese besonders schwerwiegenden Probleme innerhalb kürzester Zeit gelöst werden.

Wir meinen, daß unsere Länder sich an der Seite der Entwicklungsländer tatkräftig an der Lösung dieser schwerwiegenden und komplexen Probleme, an der Durchsetzung einer neuen Weltwirtschaftsordnung beteiligen sollten. In diesem Zusammenhang sprechen wir uns für eine internationale Konferenz unter Beteiligung aller Staaten aus. Wir müssen daran denken, daß die Entwicklungsländer, daß die Völker dieser Staaten diese schwere Lage nicht mehr lange werden ertragen können.

Deshalb bilden die Probleme der Unterentwicklung und der neuen Weltordnung in engem Zusammenhang mit den Fragen der Abrüstung einen integrierenden Bestandteil des Kampfes für Frieden, für wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt, für die freie und unabhängige Entwicklung der Völker.

Ohne eine entsprechende Lösung dieser Fragen läßt sich nicht von neuem Denken, von einem neuen Ansatz in bezug auf die Probleme und die Politik des internationalen Lebens sprechen.

Ich möchte auf die Aktivitäten etlicher reaktionärer Kreise, imperialistischer Kräfte gegen die sozialistischen Länder, den Sozialismus schlechthin, gegen die Unabhängigkeit der Völker eingehen. Diese Kreise und einige Politiker stellen sich als Verfechter der Menschenrechte hin und nehmen sich das Recht heraus festzulegen, was für ein bestimmtes Land gut und was schlecht ist. Dabei verfolgen sie indes nur das eine Ziel, die Unabhängigkeit, den sozialistischen Aufbau beziehungsweise die unabhängige Entwicklung einer Reihe von Ländern in der einen oder anderen Form zu schwächen.

Allen diesen Kräften muß deshalb eine entschiedene Abfuhr erteilt werden. Es darf keinerlei Einmischung in innere Angelegenheiten geben. Diese Kreise müssen daran erinnert werden, daß sie sich besser um die komplizierten und schwerwiegenden Fragen in Zusammenhang mit den Menschenrechten, den Rechten der Völker in ihren eigenen Ländern, in den kapitalistischen Ländern, kümmern sollten, wo es viele, sehr viele noch zu lösende Probleme gibt. Dazu gehören die Probleme in Zusammenhang mit der Arbeitslosigkeit, der Beschaffung von Arbeitsplätzen, besonders für Jugendliche, den Bedingungen im Bereich der Ausbildung und der Kultur sowie im Wohnungswesen, der Beseitigung der Kriminalität, der Unterbindung terroristischer Aktionen und anderer ernsthafter sozialer Erscheinungen, die den Menschen herabwürdigen und erniedrigen.

Es wäre falsch, würde man bei der Behandlung einiger Probleme in den kapitalistischen Ländern übersahen, daß sie auf Kosten zunehmender Armut in den eigenen Ländern ein gewisses Niveau halten. Laut offiziellen Angaben liegt die Zahl der Armen bei mehr als 100 Millionen in diesen Ländern und infolge von Ausbeutung bei vier Milliarden in den Entwicklungsländern.

Wir alle wissen, daß laut offiziellen Angaben alljährlich Dutzende Milliarden Dollar aus den Entwicklungsländern in die entwickelten Länder fließen. Damit wahren diese Länder, wie sie es schon in der Vergangenheit taten, ihre bessere Situation, aber zugleich steigt auch in diesen Ländern die Zahl der Armen, während eine Handvoll Begüterter immer größeren Reichtum anhäuft. Es gibt deshalb keinen Anlaß, was in diesen Ländern vor sich geht, zu bewundern. Bei nüchterner Betrachtung der Dinge kommen wir im Gegenteil zu dem Schluß, daß die Situation in den sozialistischen Ländern unvergleichlich besser ist und daß der Sozialismus viele soziale Probleme unvergleichlich besser gelöst hat. Natürlich gibt es auch in unseren Ländern Probleme, deren Lösung noch aussteht.

Doch alle diese Probleme lassen uns die Richtigkeit der sozialistischen Entwicklung, die Zukunftsaussichten des Sozialismus nicht nur in unseren Ländern, sondern für die ganze Menschheit nicht in Frage stellen. Wenn wir von Lehren aus der Geschichte, von der sozialen Entwicklung sprechen, dann liefern sie uns den Beweis, daß alle Gesellschaften infolge von revolutionärem Klassenkampf verschwanden und der besseren Gesellschaftsordnung Platz machten. So ist auch der Kapitalismus über Kampf zur Macht gelangt. Der Kapitalismus kann nicht von sich selbst gestürzt werden. Solange es antagonistische Klassen gibt, bleibt der Klassenkampf grundlegendes Gesetz der sozialen Entwicklung. Jeder andere Standpunkt hieße, die Lehren aus der bisherigen Entwicklung der Menschheit nicht zu beachten und zu falschen Schlüssen zu gelangen, die der Entwicklung des Sozialismus in unseren Ländern, der Entwicklung des Sozialismus generell schaden würden. Wir sind sehr dafür, daß über alle diese ernsthaften Probleme nicht allein unter den sozialistischen Ländern, sondern auch mit den anderen Ländern diskutiert wird, damit wir gemeinsam besprechen, wie sich diese Probleme lösen lassen. Allerdings nicht vom Standpunkt jener aus, die uns den kapitalistischen Lösungsweg aufzwingen wollen. Diesen Weg lehnen wir ab, werden wir immer ablehnen. Wir sind für die Mitwirkung aller Staaten, auch der kleinen und mittleren Länder, der Entwicklungsländer und der nichtpaktgebundenen Länder, bei der Lösung internationaler Probleme.

Wir sind ferner für eine größere Rolle der Organisation der Vereinten Nationen und der anderen internationalen Organisationen bei der Lösung der komplizierten Probleme des internationalen Lebens im Interesse aller Völker, des Friedens und der Zusammenarbeit zwischen allen Nationen der Welt.

Verehrte Genossen!

In seiner internationalen Aktivität wird Rumänien weiterhin die Politik der Entwicklung der Beziehungen zu allen Staaten der Welt unabhängig von deren sozialer Ordnung betreiben, wobei es besonderen Wert auf die Beziehungen zu den sozialistischen Ländern und vor allem zu seinen Nachbarn legt.

Wir begrüßen die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der VR China, zwischen der KPdSU und der Kommunistischen Partei Chinas. Wir halten dies für ein sehr wichtiges Ereignis, und Rumänien hat ja bekanntermaßen immer die Auffassung vertreten, daß es dazu kommen müsse. Wir begrüßen diesen Kurs.

Nun zu den Ereignissen in Peking. Die chinesischen Genossen haben sie als konterrevolutionäre Versuche zum Sturz der sozialistischen Ordnung bezeichnet. Es ist bedauerlich, daß die Behörden zum Einsatz militärischer Gewalt gezwungen waren. Doch hatten die Dinge unserer Meinung nach ein Stadium erreicht, in dem es keinen anderen Weg mehr gab. Die Armee ist eine Armee des Volkes und hat die Aufgabe, die Grenzen wie auch den Sozialismus zu schützen. Es wäre unögreiflich, würde die Armee in einem Land dasitzen und runig zuschauen, wie die Konterrevolutionäre morden und die Volksmacht stürzen wollen. Daran läßt sich nicht einmal denken. Natürlich sind wir dafür, daß jede Partei und jedes Land in dem Sinne handelt, daß die Probleme mit dem Volk, vor allem mit der Arbeiterklasse, der Bauernschaft und der Intelligenz gelöst werden. Wir selbst haben für Rumänien die These formuliert: Aufbau des Sozialismus mit dem Volk und für das Volk. Und wir tun alles dafür, daß die Volksmassen, daß die ganze Nation das Land aktiv mitregiert. Doch wenn in diesem oder jenem Land eine solche Situation entstanden ist, dann werden wir es nicht verurteilen, sondern werden es unterstützen. Ich sage das vor den hier anwesenden sozialistischen Ländern. Wir werden jene Parteien und Staaten unterstützen, die alle Mittel einsetzen, um die Revolution, den Sozialismus und die unabhängige sozialistische Entwicklung des Landes zu schützen. Einen anderen Weg gibt es nicht. Man darf sich auf keinerlei Menschenrecht berufen, um den Sozialismus zu vernichten, um vor konterrevolutionären Aktionen zurückzuweichen.

Wir möchten mit allen sozialistischen Ländern, und - ich wiederhole es - in erster Linie mit unseren Nachbarn aktiv zusammenarbeiten, um die wirtschaftliche und soziale Entwicklung

unserer Länder auf dem Weg des Sozialismus voranzubringen, den materiellen Lebensstandard zu heben und Unabhängigkeit und Souveränität zu gewährleisten.

In diesem Zusammenhang sind wir der Ansicht, daß es durchaus wichtig wäre, daß die sozialistischen Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages, ja überhaupt alle sozialistischen Länder gemeinsam die aktuellen Fragen beim Aufbau des Sozialismus analysierten und gemeinsam feststellten, wie sie besser zusammenwirken könnten, um mit einer Reihe von Schwierigkeiten fertigzuwerden und die wirtschaftliche und soziale Entwicklung eines jeden Volkes auf dem Wege des Sozialismus abzusichern.

Wir sind der Auffassung, daß wir über die Kräfte hierfür verfügen und gemeinsam eine Lösung für die ernsthaften ökonomischen Probleme durch stärkere Zusammenarbeit bei ihrer Bewältigung finden können.

Ich möchte, daß man mich recht versteht. Ich bin niemals gegen die Entwicklung der Zusammenarbeit mit den kapitalistischen Ländern gewesen. Wir haben im Gegenteil immer auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den kapitalistischen Ländern hingewirkt und befürwortet sie. Wir unterhalten weitreichende Beziehungen zu den Entwicklungsländern. Doch ich glaube, daß wir nicht alles dafür getan haben, und man möge uns richtig verstehen, wir sollten zumindest jetzt dahin kommen, daß in unseren Ländern keine Schwierigkeiten dieser Art auftreten. Es fällt schwer zu glauben, Genossen, daß diese Probleme ohne Zusammenarbeit zwischen den sozialistischen Ländern gelöst werden können und daß sie leichter mit Unterstützung einiger kapitalistischer Länder zu lösen sind. Das ist eine Illusion, die uns teuer zu stehen kommen würde. Die Auslandsschulden kann man nicht ohne ernsthafte Zusammenarbeit und gründliche Diskussion zwischen den sozialistischen Ländern abtragen. Niemand kann doch erwarten, daß die Kapitalisten die Auslandsschulden annullieren werden. Das haben sie noch bei keinem, auch nicht bei ihren kapitalistischen Nachbarn getan. Griechenland, Spanien und Portugal sind pro Kopf der Bevölkerung im Gemeinsamen

Markt am höchsten verschuldet, und sie haben nicht einen Dollar bekommen, um diese Verschuldung abzutragen. Kredite werden schon ausgereicht, aber mit solchen Zinsen, daß dies zum weiteren Anstieg der Verschuldung führt, wie dies bei vielen Staaten der Fall gewesen ist. Ich sage das aus eigener Erfahrung heraus, nicht theoretisch. Wir hatten eine sehr hohe Verschuldung - über 11 Milliarden Dollar. Ein paar Jahre lang hatten auch wir Absprachen mit dem IWF, der Weltbank, dem Pariser Klub, dem Londoner Klub. Ihrer sind ja so viele ... Jeder zeigte gewisses Verständnis unter gewissen Bedingungen, verlangte, daß die Zinsen immer auf dem Stand des Marktes wären, und trug ständig dafür Sorge, wie heute auch, daß die Zinsen stiegen. Der Internationale Währungsfonds stellte uns Bedingungen, wie er dies gewöhnlich bei allen Ländern tut. Er verlangte, daß wir unsere Landeswährung abwerten, Preissteigerungen vornehmen und unser wirtschaftliches und soziales Entwicklungstempo zurückschrauben. Gewiß, eine Bedingung wie den Entwicklungsländern, Privatisierung, hat man uns nicht gestellt. Sie vergeben Kredite nur an Privatunternehmen und nur an jene Länder, die die Staatsbetriebe abschaffen. Das aber heißt, daß der IWF zu einem Werkzeug der Politik der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und der imperialistischen Monopole zur Beseitigung des staatlichen, des sozialistischen Eigentums usw. geworden ist. Zu einem bestimmten Zeitpunkt waren wir für ein paar Monate in diese Falle geraten. Wir sagten uns: Wir müssen eben darauf eingehen. Wir erhöhten die Zinsen bei uns zu Hause auf 12 bis 14 Prozent. Dem folgte der Anstieg einiger Preise. Doch die Lage in der Wirtschaft wurde nicht besser. Nach fünf, sechs Monaten annullierten wir das Kreditabkommen wie auch alle innenpolitischen Maßnahmen. Wir senkten die Zinsen und führten in der Wirtschaft Zinssätze von 2 bis 4 Prozent ein.

Wir sind kein Staat, in dem bestimmte Gruppen von Menschen nur von Dividenden leben. Bei uns sind die Finanzen ein Mittel zur Finanzierung der wirtschaftlichen Entwicklung und zur Erhöhung des Lebensniveaus der Bevölkerung. Hohe Zinsen sind ein Mittel der Bereicherung für eine kleine Gruppe von Menschen aus den Kreisen des Finanz- und Monopolkapitals. Das besagen unsere Erfahrungen mit dem IWF und mit sämtlichen Banken und Klubs. Wir sind dann dazu übergegangen, die Schulden zu tilgen und haben

seit März dieses Jahres sämtliche Schulden zurückgezahlt. Leicht war das natürlich nicht, wir haben neun Jahre lang gezahlt. Dennoch darf ich sagen, daß wir die Investitionen nicht gekürzt haben. Wir haben in diesem Zeitraum zwei Milliarden Lei investiert. Das sind 200 Milliarden Dollar. Wir haben die Industrie, die Landwirtschaft und den Wohnungsbau entwickelt und die Löhne und Gehälter zweimal erhöht. Man kann die Außenschuld nicht begleichen, ohne nicht auch das Lebensniveau der Bevölkerung zu heben. Weder Venezuela noch Lateinamerika insgesamt, ja kein Land will mehr zu Lasten des Lebensniveaus der Bevölkerung an die Monopole und das Finanzkapital zahlen. Wir müssen diese Frage neu und im Sinne des neuen revolutionären Denkens untersuchen und andere Entscheidungen treffen, die nicht zur Verarmung eines Landes, sondern zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung, zur Hebung des Lebensstandards der Völker führen. Wir sind bereit, mit den Genossen, die dies wünschen, über diese Fragen zu sprechen und unsere Erfahrungen zu vermitteln. Natürlich entscheidet und handelt jeder nach seinem Ermessen. Doch in Anbetracht dessen, was ich vorher sagte, halte ich es für sehr wichtig, daß wir, die führenden Repräsentanten von Partei und Staat aus den an dieser Tagung teilnehmenden sozialistischen Ländern, uns darauf einigen, alle wirtschaftlichen und sozialen Probleme unserer Länder sowie diejenigen beim Aufbau des Sozialismus in allernächster Zeit zu analysieren, und ein reales Programm von Maßnahmen festlegen, die spätestens im Oktober beim Treffen der Generalsekretäre oder beim Treffen der führenden Repräsentanten von Partei und Staat der sozialistischen Länder besprochen werden müßten. Ich persönlich bin nicht bloß für eine Diskussion seitens der Generalsekretäre, obschon ich auch Generalsekretär bin und alle Generalsekretäre echte. Aber die Probleme sind so wichtig, daß ich meine, es wäre gut, wenn sie von Delegationen unter Leitung der Generalsekretäre diskutiert werden würden. Vor zwanzig Jahren hatten wir eine solche Diskussion und sind zu guten Schlußfolgerungen gelangt. Ich glaube, in Anbetracht der Komplexität der Probleme ist es an der Zeit, eine neue Diskussion, für ein paar Tage, zu organisieren. Aber sie muß gut vorbereitet werden, damit man bei dieser Diskussion zu Maßnahmen gelangen könnte, die die Voraussetzungen für die Bewältigung unserer Schwierigkeiten schaffen würden.

206

Rumänien ist bereit, sich an gemeinsam festgelegten Maßnahmen zu beteiligen. Wir sind bereit, mit den anderen sozialistischen Ländern über diese Probleme zu sprechen und bilateral auf diesem Gebiet zusammenzuarbeiten. Im Sinne der hohen Verantwortung für den Sozialismus, in hohem kommunistischen Verantwortungsbewußtsein sollte über Lösungswege für die heutigen Probleme gesprochen und sollten diese gefunden werden. Nur so werden wir den Interessen unserer Völker, der Sache des Sozialismus, des Friedens und der internationalen Zusammenarbeit gerecht werden.

Verehrte Genossen!

Rumänien begeht in diesem Jahr den 45. Jahrestag des Sieges der antifaschistischen und antiimperialistischen Revolution der sozialen und nationalen Befreiung. Gleichfalls in diesem Jahr, im November, findet der XIV. Parteitag der Rumänischen Kommunistischen Partei statt. Ich möchte die Gelegenheit wahrnehmen, Sie dazu einzuladen und den Wunsch auszusprechen, daß wir auf dem Parteitag Vertreter Ihrer Parteien auf höchster Ebene, über die Sie selbst entscheiden werden, begrüßen können.

Diese wichtigen Ereignisse im Leben unseres Landes und unserer Partei sind Anlaß für eine gründliche, umfassende Auswertung des siegreichen Weges, den wir beim Aufbau des Sozialismus, besonders nach dem IX. Parteitag, zurückgelegt haben und der eine Epoche großer erneuernder Umgestaltungen in allen Bereichen eingeleitet hat.

Unsere Partei und unser ganzes Volk warten mit großen Leistungen zum Parteitag auf.

Wir haben die Ausbeutung und die Unterdrückung des Menschen durch den Menschen ein für allemal beseitigt und der ausländischen Herrschaft ein Ende bereitet.

Unter Führung der Rumänischen Kommunistischen Partei wurden historische Erfolge erzielt, wie sie es in der ganzen Zeit der kapitalistischen Entwicklung niemals gegeben hatte.

Ich will jetzt keine Zahlen nennen. Sie sind veröffentlicht. Nur an eines will ich erinnern. Die rumänische Industrie ist auf das 150fache angewachsen. Es handelt sich dabei nicht bloß um eine abstrakte Berechnung. In diesen Jahren haben wir die Industrie zur Gänze, haben wir Industriebetriebe in allen Kreisen des Landes geschaffen. Wir haben das ganze Land industrialisiert. Wir sind davon ausgegangen, daß wir gleiche Arbeits- und Lebensbedingungen für alle Bürger des Landes schaffen müssen.

Ich teile nicht ganz einige hier geäußerte Meinungen, daß wir in Wissenschaft und Technik sehr rückständig wären. Mein, Genossen, die sozialistischen Länder haben auch auf diesem Gebiet sehr wichtige Erfolge erzielt. Ich spreche gar nicht von der Sowjetunion. Ich glaube, die Genossen können selbst darüber etwas sagen. Rumänien selbst, die DDR, die Tschechoslowakei, jedes unserer Länder hat auf diesem Gebiet Großes geleistet, und die rumänischen Erzeugnisse wie die Erzeugnisse der anderen Länder halten ehrenvoll der Konkurrenz stand, werden in vielen Ländern den Waren aus kapitalistischen Ländern vorgezogen. Natürlich bleibt uns noch viel zu tun, was Wissenschaft und Technik angeht. Wir können dabei übrigens niemals an eine Grenze stoßen. Auf diesem Gebiet muß es mit den Leistungen immer weiter gehen. Wir dürfen niemals mit dem Erreichten zufrieden sein. Es wäre falsch zu erklären, daß wir uns in einer Lage befinden, da wir die Hand hinhalten und bei den anderen betteln. Mein, Genossen, wir können mit den anderen Ländern in Wissenschaft und Technik zu gleichen Bedingungen zusammenarbeiten. Ich meine, daß dies die Position der sozialistischen Länder sein sollte. Ich bin für umfassende Zusammenarbeit auch mit "Eureka" und anderen Einrichtungen, aber nach den Grundsätzen der Gleichberechtigung, nicht als arme Leute, sondern als Leute mit der nötigen Kraft dafür, den Fortschritt in Wissenschaft und Technik zu gleichen Bedingungen zu fördern. Dieser Standpunkt sollte sowohl innerhalb des RGW und im Rahmen der sozialistischen Länder als auch bei den Beziehungen zu anderen internationalen Organisationen gelten.

202

Was läßt sich zum Beispiel über Biologie und Genetik sagen. Das sind wichtige Bereiche des Fortschritts. Rumänien hat in diesem Jahr über 7 000 Kilogramm Gerste je Hektar im Landesdurchschnitt geerntet. Das hat kein Land in der Welt geschafft. Und das wurde auf der Grundlage der Wissenschaft und des sozialistischen Eigentums erreicht. Bis jetzt sind aus drei Kreisen Telegramme eingegangen, daß über 8 000 Kilogramm Weizen je Hektar geerntet wurden. Das war auf 100 000 Hektar und nicht bloß auf einem Versuchsfeld, auf ein paar Hektar der Fall. Wir schätzen, daß wir im ganzen Land eine Ernte von 8 000 Kilogramm Weizen je Hektar haben werden. Auch dies auf der Grundlage der Wissenschaft, der Genetik, der eigenen Bemühungen.

Natürlich arbeiteten wir mit Fachleuten anderer Länder zusammen. Daran zeigt sich, daß wir auch auf diesem Gebiet als gleiche zusammenarbeiten können. Wir glauben, daß wir auch auf diesem Gebiet den Kopf hoch halten, Fortschritt in der Landwirtschaft, in der Genetik, in den anderen modernen Wissenschaften erzielen können. Ich schneide diese Frage an, weil ich unumwunden sagen will, daß auch bei uns die folgende Situation Befremden auslöst: Wie kann es sein, daß Wissenschaftler aus manchen sozialistischen Ländern, die große Leistungen vorweisen können, sich vor kapitalistischen Ländern demütigen und erniedrigen, ihre eigene Arbeit, die Arbeit der Wissenschaftler, die Arbeit der eigenen Völker unterschätzen. Man muß doch patriotischen und sozialistischen Stolz an den Tag legen. Ich bringe dies zur Sprache, weil hier auch von unseren ideologischen Konzeptionen die Rede war. Eigentlich sollten wir diese Fragen im allgemeinen Zusammenhang besprechen. Es gibt auch Mängel, und es wird weiter welche geben. Natürlich nicht von der Art wie in der Vergangenheit. Aber in einer Gesellschaft ist niemals alles ideal, wie ideal die Menschen auch sein mögen. Das ist recht schwierig. Aber man darf nicht unterschätzen, was wir erreicht haben, was der Sozialismus ist.

Für das rumänische Volk, für mich, der ich sechzig Jahre lang aktiv in der Kommunistischen Partei, in der Arbeiterbewegung war, ist dies alles zumindest unverstündlich, Gemossen.

Ich bin für weitreichende Kritik und Selbstkritik, aber nicht dafür, daß alles verworfen und negiert wird, was unsere Völker getan haben, alles, was sie in der langen Zeit des Aufbaus des Sozialismus getan haben. Wir können auf vieles stolz sein. Wir müssen alles Negative kritisieren, sollten alles, was gut ist, nehmen, sollten mit vereinten Kräften arbeiten, um national wie international voranzukommen. Die Einheit der revolutionären Kräfte in jedem Lande ist notwendig für die Einigkeit des Volkes, jedoch auf der Grundlage eines revolutionären Programms. Die Einheit der sozialistischen Länder ist eine geschichtliche Notwendigkeit.

Was uns angeht, so sind wir für weitreichende Zusammenarbeit, für die Einheit der sozialistischen Länder. Natürlich auf der Grundlage der völligen Gleichberechtigung und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten. Umsomehr müssen wir eine stärkere Einheit anstreben. Wir dürfen auf keinen Fall die Führungsrolle der Partei unterschätzen oder aufgeben. Das hieße im Grunde Verzicht auf die führende Rolle der Arbeiterklasse. Man kann nicht von Sozialismus ohne Arbeiterklasse, ohne die führende Rolle der Arbeiterklasse sprechen. Man kann nicht von Sozialismus ohne revolutionäre Partei, wie immer sie heißen mag, sprechen, ohne revolutionäre Partei mit sozialistischen Grundsätzen, die mit ganzer Kraft für den Sozialismus kämpfen.

Was uns angeht, so meinen wir, daß dies der ganzen Arbeit zugrunde liegen muß, und wir setzen uns dieses Ziel. Wir müssen die Arbeiterdemokratie vervollkommen. Das ist eine fortwährende Aufgabe. Auf welcher Grundlage? Der bürgerliche Parlamentarismus ist kein Modell für die revolutionäre sozialistische Arbeiterdemokratie.

Wir müssen eine andere Demokratie schaffen, bei der Arbeiterklasse, Bauernschaft und Intelligenz organisiert an der Leitung der Gesellschaft mitwirken.

Das Volk selbst muß seine Geschichte nicht gegen das Volk, sondern mit dem Volke machen. Die bürgerliche Demokratie der kapitalistischen Gesellschaft hat ihren Sinn und Zweck. Im Sozialismus aber wird sie zum Hemmschuh und kann zur Beseitigung der Macht der Arbeiterklasse führen.

Es gibt eine Menge Probleme, die im Sinne hoher kommunistischer Verantwortung untersucht und besprochen werden müssen. Deshalb appelliere ich nochmals an die Teilnehmer dieser Tagung, bei der Lösung aller dieser Probleme stärker zusammenzuwirken. Wir müssen die Arbeit des Warschauer Vertrages verbessern. Viele Vorschläge wurden gemacht. Natürlich sind wir für die Auflösung dieses Vertrages, aber solange er existiert, muß er unter guten Bedingungen arbeiten. Die Vorschläge, die von einigen Genossen kamen, müssen zweifellos analysiert werden, und wir müssen innerhalb kürzester Zeit zu einem bestimmten Schluß kommen. Von dieser Tagung an sollte es sich unser PBA zur Aufgabe machen, neben den militärischen Fragen die Probleme der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung weitreichender und umfassender zu analysieren, damit sie gegebenenfalls dann vorrangig werden.

Ist doch der Lösungsweg für die wirtschaftliche Entwicklung und den Aufbau des Sozialismus entscheidend für unser Bündnis und für den Aufbau des Sozialismus in unseren Ländern.

Ich meine, daß das Komitee der Außenminister ein recht politisches Organ ist und alle Voraussetzungen besitzt, zum politischen Organ des PBA zu werden. Nebenbei bemerkt: Lassen Sie uns doch seine Tätigkeit verbessern! Wir stehen vor dem Problem, die Arbeit des Komitees der Verteidigungsminister und des Militärrates zu verbessern. Hier steht die Frage, ob man diese beiden Organe beibehalten oder sie auflösen sollte. Mich stört die Tatsache, daß es zwei Organe gibt, nicht sonderlich. Es kommt darauf an, bessere Arbeitsmethoden einzusetzen, denn jetzt - Genossen, seien wir doch einmal realistisch - mußten wir erst nach Wien fahren und Vorschläge zur Reduzierung unserer Streitkräfte unterbreiten, um endlich einmal die Streitkräfte- und Rüstungsstärke dieses Paktes zu erfahren. Man kann nicht sagen, wir hätten zu gut gearbeitet und um die Demokratie hätte es zum besten gestanden. Das erste, was wir als Mitglieder dieses Bündnisses feststellen müssen, ist, über welche Kräfte wir verfügen und über welche Kräfte die einen oder anderen verfügen müssen. Die einen sind natürlich die Kräfte der Sowjetunion und die anderen die Rumäniens und der anderen Länder, aber unabhängig davon geht es hierbei nicht an, sich auf die militärische Geheimhaltung zu berufen, zumal als Geheimnis gilt, was die Amerikaner schon seit zwanzig Jahren wußten. Es gibt in der Tat vieles, was in unserer Tätigkeit der Verbesserung bedarf. Wir müssen damit beginnen, daß wir zwischen unseren Armeen für Vertrauen und Zusammenarbeit sorgen, dann lassen sich alle übrigen Probleme leicht lösen. Natürlich gibt es da noch eine Frage, die wir stets unterstützt haben: daß der Oberkommandierende alle zwei Jahre oder jährlich aus Vertretern aller Mitgliedsstaaten gewählt wird. Ich meine, daß das geschehen sollte. Ich verstehe gut, daß die Sowjetunion eine Kontinuität braucht. Natürlich bietet der Chef des Hauptkommandostabes diese Möglichkeit, diese

212

Kontinuität, doch kann es auch andere Formen geben, daß zum Beispiel mit Rücksicht auf den Anteil der Sowjetarmee in unserem Bündnis einer der Stellvertreter des Oberkommandierenden stets ein Vertreter der Sowjetarmee ist. Man könnte auch anders annehmbare Formen finden. Entscheidend ist, daß es reales Vertrauen herzustellen und gemeinsam Limits unserer Streitkräfte festzulegen gilt, wobei davon auszugehen ist, daß der Schutz der Unabhängigkeit gewährleistet sein muß, solange es noch schwierige Situationen gibt. Auf eine Demokratisierung - auf das, was man unter diesem Begriff verstehen kann - muß Kurs genommen werden. Ich bin dagegen, daß der Oberkommandierende vor der Belegschaft einer Bukarester, Budapest oder Moskauer Fabrik über seine Arbeit Rechenschaft ablegt. Soweit sind wir noch nicht. Vielleicht wird das ja in einigen hundert Jahren, im Kommunismus, so sein, in dessen höherem Stadium wir auch das tun werden. Ich sehe die Demokratisierung in vernünftigen Grenzen, bei denen die Mitgliedsländer eine einheitliche Führung dieser Tätigkeit vornehmen.

Abschließend möchte ich meiner Zustimmung zu den erarbeiteten Dokumenten und der Entschlossenheit der Delegation des sozialistischen Rumänien Ausdruck geben, auf ihre Verwirklichung, auf die Entwicklung der Zusammenarbeit sowie auf Frieden und Abrüstung hinzuarbeiten.

Ihnen, den Parteien und Völkern Ihrer Länder möchte ich die besten Wünsche der Rumänischen Kommunistischen Partei und des rumänischen Volkes für immer größere Erfolge in Ihrer wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung, beim Aufbau des Sozialismus und bei der Hebung des materiellen und geistigen Wohlstandes übermitteln.